

Saale-Zeitung.

Viernundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzahl oder deren Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf., berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. sowie von unfernen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Maklaren die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 M.
Ercheint täglich zweimal, Sonntag und Feiertage einmal.
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Doulaustraße 17; Neben-Geschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I.; Telephon Nr. 591 u. 176.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei postmässiger Anstellung 2.50 M., durch die Post 3.25 M., auch auf Zeitbestellungen. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnisse unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für ununterhalt eingehende Manuskripte sind keine Gewähr übernommen.
Wiederum nur mit Anzeigengabe: „Saale-Zg.“ gefastet.
Hauptredaktion der Redaktion Nr. 1140; der Annoncen-Verwaltung Nr. 1163.

Nr. 16.

Halle a. S., Dienstag, den 11. Januar.

1910.

Bumperridel.

Nachdem der englische Wahlkampf bereits vier Wochen lang mit erstaunlicher Bestigkeit getobt hat, ist nun auch die formelle Auflösung des englischen Unterhauses erfolgt und damit erst die verfassungsmässige Erneuerung des Unterhauses möglich gemacht worden. Mit diesem Tage ist allerdings nur die formale Entscheidung getroffen worden, aber einen bestimmten Wahltag kann die Regierung nicht festsetzen; das richtet sich nach dem Verkommen, und die Wahlen, bei denen allerdings gewöhnlich schon der erste Wahlgang die Entscheidung bringt, wird sich deshalb wohlentlang hinziehen. Immerhin ist aber nun ein Ende der iberlosen Debatten abzusehen, zumal jetzt das Oberhaus nach alter Tradition aus dem Wahlkampf auszuschleichen hat. Es wäre auch in dem bisherigen Tempo nicht mehr lange weiter gegangen, da sonst die eigentlichen Wortführer sich totgeredet hätten. Besonders der Schatzkanzler Lloyd George hat geradezu Uebermenschenhaftes in der Agitation geleistet. Es verging kein Tag, an dem er nicht zwei- und dreimal stundenlange Wahrfreden gehalten hätte, und seine physische und körperliche Ausdauer ist zu bewundern, auch wenn man zugibt, daß es Herr Lloyd George mit seinen Behauptungen nicht allzu genau nahm. Aber er stand natürlich nicht allein; so wie er waren auf beiden Seiten Hunderte von Agitatoren auf dem Platze, um die Massen der Wähler zu entzusehen. Sind doch in der letzten Woche allein zwanzigtausend Versammlungen abgehalten worden.

Das können nun die Engländer halten wie sie wollen. Niemand wird den Versuch machen, ihnen in die Zusammenfassung des Unterhauses dreinzugehen. Was aber peinlich heutzutage ist, das ist der beständige Hinweis auf das Deutsche Reich, der fast in allen Wahrfreden wiederkehrt, und zwar auf unionistischer Seite so gut wie auf der Seite der Liberalen. Ja, man darf sagen, daß diesmal in England deutsche Wahlen ausgefochten werden. Dabei wurden alle möglichen deutschen Einwirkungen unter die englische Lupe genommen. Man unterließ sich über die deutschen Arbeiterverhältnisse, über die Wasserversorgung und Wasserarbeitslosigkeit, über das deutsche Heer und die deutsche Flotte, und nicht zuletzt über die angebliche Absicht des Deutschen Reiches, über die nichtsahnenden Engländer heranzufallen, um sie ihrer Freiheit zu berauben und ihnen eine Kriegesfähigkeit von zwanzig Milliarden aufzuerlegen. Selbst die deutsche Schrippe und der deutsche Bumperridel mußten herhalten, um die deutschen Zustände möglichst abseits zu hinstellen. Den Unionisten war es naturgemäß darum zu tun, das Deutsche Reich gerade deshalb als furchtbarsten Feind zu hinstellen, weil es den Schutz der Freiheit, während umgekehrt die Liberalen behaupteten, daß Deutschland gerade wegen des Schutzgottes unrettbar dem Untergange verfallen sei. Leider wurde dabei den Tatsachen von beiden Seiten in einer Weise Gewalt getan, daß man traurig aufstehen mußte: Armes Vaterland, wie hast du dich verändert!

Das Reichsmarineamt hat noch im letzten Augenblick den Versuch gemacht, der gesunden Vernunft im englischen Volke zum Durchbruch zu verhelfen, indem es sich gegen die antideutschen und läugerischen Behauptungen großer englischer Blätter richtete und den angeblichen antilengischen Toit der deutschen Seeoffiziere in das Reich der Fabel verwies. Man könnte noch an hundert anderen Beispielen nachweisen, daß die englischen Agitatoren bis in die Reichen der früheren und jetzigen Minister hinauf die Wahrheit bezüglich des Deutschen Reiches verweigert haben. Es ist traurig genug, daß ein großes Volk so sehr seine Haltung verliert, daß es sich zu einer Verunglimpfung eines friedlichen Nachbarn bereit finden läßt. Aber alle solche Nichtigstellungen dürften in den Wind gesprochen sein, so lange der Wahlkampf nicht zu Ende ist. Schon aus diesem Grunde wird man wünschen müssen, daß diese Zeit einer allgemeinen Erregung bald vorübergeht. Dann erst darf man erwarten, daß auch das alberne Märchen von der deutschen Gefahr wieder dorthin verwiesen wird, wohin es gehört, ins Reich der Fabel.

Das deutsche Schwarzbrod als englische Wahlparole.

Aus London, 10. Jan., wird dem „Tag“ geschrieben: Nun hat zum Schluß auch noch, wie vorher die deutschen Dreadnoughts, das deutsche Schwarzbrod seine Salfours und Bladfords gefunden. Es ist ein heißer Kampf darüber entbrannt, was eigentlich Schwarzbrod sei und ob es besser schmeckt als das britische Weißbrod oder nicht. Die Liberalen haben den englischen Arbeitern eine heillose Angst eingejagt mit der Drohung, daß, wenn sie für die schützamerikanischen Konventionen stimmten, es in Zukunft nur noch deutsches Schwarzbrod für sie geben werde. Aber die „Lords“, wie man sich gewöhnt hat, die konservativen Kandidaten kurzweg zu nennen, haben dem englischen Wähler versichert, daß er sich darüber nur freuen könne. Denn das deutsche Schwarzbrod sei eine Delikatesse, die in London bisher nur im „Cam-

brinus“ zu haben sei. Darauf hat am Sonnabend Minister Lloyd George in einer fulminanten Rede geantwortet:

„Ich will Ihnen einen Rat geben: Lassen Sie uns die Lords 3 Monate lang mit deutschem Schwarzbrod füttern, und sie werden rufen: „Im Gottes willen, laßt uns das Budget annehmen!““

Seite morgen lassen sich mehrere konservativere Zeitungen spaltenlange Artikel aus Berlin telegraphieren, in denen endlich die Ehre des guten deutschen Schwarzbrodes doch gerettet wird. Da werden vier Arten von Brod unterschieden: der Knüppel, die Schrippe, das Schwarzbrod und der Bumperridel, und so appetitlich sind Zubebereitung und Aussehen beschrieben, daß dem englischen Leser ebenfalls das Wasser im Munde zusammenlaufen muß; als das wohlsmekendste, nahrhafteste und nachhaltigste aller Brode aber wird das Schwarzbrod genannt. Wenn die konservative Partei wirklich fest, verdammt ist es nicht zum wenigsten dem hier so viel geschmähten und doch so wohlgeschmeckten deutschen Schwarzbrod!

Die Times über die deutsch-englischen Beziehungen.

□ London, 11. Jan. (Privat-Telegramm.) Die „Times“ veröffentlichen heute einen sehr bemerkenswerten Artikel über die deutsch-englischen Beziehungen. Das Blatt erkennt die verschlingliche Gefinnung an, die in letzter Zeit von Deutschland gezeigt worden ist. Das Blatt schreibt alsdann:

„Die Frage, vor der sich die Nation befindet, besteht nicht darin, zu wissen, ob Deutschland die Absicht habe, unser Land und unsere Städte zu überfallen und ob wir die deutsche Marinemacht zurückdrängen müssen, bevor sie die unsere überflügelt hat, sondern der einzige Punkt, mit dem wir uns abzufinden haben, ist das augenblickliche Ergebnis des Wachstums einer Marine zu ermögen, einer Macht, deren Stellung in der Welt die größte zu werden scheint.“

Das Blatt erinnert dann an das deutsche Marineprogramm von 1900, sowie an die Wünsche, die seitens Deutschlands gehegt werden, die Seewege zu beherrschen. Das Blatt weist dann darauf hin, daß zwischen England und Deutschland ohne besondere Herausforderung Meinungsverschiedenheiten entstehen könnten, die durch die Beziehungen Deutschlands zu kleineren Kontinentalstaaten (wie Dänemark) veranlaßt werden und außerdem durch Meinungsverschiedenheiten über internationale Handelsverträge und Kolonialfragen, wie z. B. die Zukunft Chinas. Die „Times“ schließt mit folgenden Worten: „Wir erinnern daran, daß in unserer Zeit eine Schlacht gewonnen sein muß, bevor sie begonnen hat. Das englische Königreich braucht eine mächtige Flotte, die so übermächtig sein muß, daß sie den Kampf nicht nur gegen eine Macht, sondern gegen mehrere Mächte aufnehmen kann.“

Die Thronrede zur Eröffnung des preussischen Landtags.

(Telegramm unseres Berliner Bureaus.)

* Berlin, 11. Januar 1910.
Das preussische Abgeordnetenhaus ist heute mittag mit der Berlesung nachstehender Thronrede unter dem üblichen Zeremoniell eröffnet worden:

„Erlaucht, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Die Staatsfinanzen, welche durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse in Mitteleuropa gezogen waren, begannen sich infolge der allmählichen Wiederbelebung von Handel und Verkehr langsam zu bessern, so daß sich voransichtlich auch der für das laufende Etatjahr veranschlagte Fehlbetrag nicht unerheblich ermäßigen wird. Immerhin kann von den staatlichen Betriebsverwaltungen, insbesondere der Eisenbahnverwaltung, bei ihren stark gestiegenen Selbstkosten auch für 1910 kein so hoher Zuschuß zu den allgemeinen Staatsausgaben wie in früheren Jahren erwartet werden. Dazu kommt, daß von den rund 200 Millionen Mark, durch welche die Befolungsaufschörungen die Staatskasse dauernd belastet haben, nur der kleinere Teil in neuen Steuern Deckung gefunden hat. Trotz größter Beschränkung wird daher auch der Etatentwurf für das kommende Jahr mit einem zwar gegen die Vorjahre verringerten, aber doch noch namhaften Fehlbetrag abschließen. Diese Sachlage macht auch weiterhin die Zurückhaltung in allen staatlichen Auswendungen zur Pflicht, um Einnahmen und Ausgaben nach und nach wieder auszugleichen. Dem vom Hause der Abgeordneten kundgegebenen Wunsch entsprechend, ist in dem Entwurf des Etats verlust worden, zur Herbeiführung größerer

Gleichmäßigkeit im gesamten Staatshaushalt, einer übermäßigen Inanspruchnahme der schwachen Eisenbahnerträge für andere staatliche Zwecke angemessene Schranken zu setzen. Zur Erweiterung und besseren Ausrustung des Staatseisenbahnwesens sowie zur Unterstützung von Kleinbahnen werden wiederum erhebliche Mittel angefordert werden. Die Fürsorge für die schulentlassene Jugend erfordert weitere Ausbreitung und Entwicklung des Fortbildungsinstitutes auch auf dem platten Lande. Gestügt auf die günstigen Wirkungen des im Jahre 1904 für die Kroning Heffen-Kaifer erlassenen Gesetzes, wird meine Regierung Gesetze vorschlagen, die auch in den Kroningen Pommern, Schlesien und Westfalen den Kommunalverhältnissen das Recht verleihen sollen, die Pflicht zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen einzuführen. Den Bestrebungen zur Förderung der inneren Kolonisation, namentlich auch zur Beschäftigung von Arbeitern, wird fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit zugewendet. Ein Gesetzentwurf, der die Mittel zur Gewährung von Zwischenkredit bei Rentengutsgründungen erhöht, wird Ihnen demnächst vorgelegt. Das älteste der geltenden preussischen Gemeindeverfassungsgesetze, die Gemeindeordnung für die Rheinprovinz vom 2. Juli 1845, vermag nicht mehr allen Anforderungen gerecht zu werden, welche die bedeutame Entwicklung dieser Provinz an die Gemeindeorganisation stellt. Eine Novelle will dieses Gesetz den Aufgaben der Gegenwart anpassen. Während die Reichsgesetzgebung eine doppelte Herangehung zu den direkten Staatssteuern innerhalb des Reiches vertritt, fehlt es bisher für die direkte kommunale Besteuerung an einem ähnlichen Schutz. Ein Gesetzentwurf soll die Möglichkeit schaffen, kommunalen Doppelbesteuerungen innerhalb der einzelnen Bundesstaaten im Vermögenswege entgegenzutreten. Um die für notwendig erkannte Reform der inneren Verwaltung zu fördern, habe ich im Juni des vergangenen Jahres eine besondere Innenministerkommission sachverständiger und erfahrener Männer aus den verschiedensten Kreisen berufen, die unter dem Vorsitz des Ministers des Innern ihre Arbeiten alsbald begonnen hat. Ihre geschäftlichen Vorschläge werden die Grundlage für weitere Beschlüsse und für gesetzgeberische Vorlagen meiner Regierung bilden. Ich vertraue darauf, daß auch Sie, meine Herren, alsbald bereit sein werden, das für die Fortentwicklung des Landes wichtige Werk nach Kräften zu unterstützen. Endlich harzt Ihrer noch eine ernste Aufgabe. Die Vorbereitungen für eine

Reform des Wahlrechts

zum Hause der Abgeordneten sind ihrem Abschluß nahe. Eine Vorlage wird in einigen Wochen Ihrer Beratung unterbreitet werden. Strenge Sachlichkeit des pflichtbewussten Staatsmannes wird, des bin ich gewiss, wie bisher die Entschlüsse der preussischen Landesvertretung leiten, und so erhoffe ich von der bevorstehenden Tagung gegenseitige Ergebnisse für die Wohlfahrt des Vaterlandes.

Deutsches Reich.

Nichts als Kaiserärzungen.

(Von unserer *Korrespondenten.)

Die gestrige Nummer des „Gil Blas“ weiß von einer Aeuerung des Kaisers über eine etwaige Zusammenkunft der Staatsoberhäupter Frankreichs und Deutschlands zu berichten. Hierzu wird mir von einer Persönlichkeitsaus der Umgebung des Kaisers mitgeteilt: „Die letzte Zeit hat uns eine Haufe in Kaiserärzungen gebracht, es scheint daß so, als ob, wollte man all diesen Ausreuerungen Glauben schenken, der Kaiser weiter nichts zu tun habe, als mit allen möglichen Staaten durch persönliche Rangkempferungen Kontakt zu treiben. Wer den Kaiser nur einigermaßen kennt, wird wissen, daß er ein etwaiges Zusammenkommen mit dem Leiter der französischen Republik nicht durch persönlichen Eintreten oder durch Aeuerungen“ im voraus begutachten würde. Den „deutschen“ Diplomaten, der diese angeblichen Ausstellungen den „Gil Blas“ mitgeteilt hat, wird es wohl kaum geben, es sei denn, er habe die ganze letzte Zeit geschlafen und könne die Ansicht der leitenden deutschen und auch die der französischen maßgebenden Kreise nicht. Wenn die angeblichen Aeuerungen auch sicher in guter Absicht wiedergegeben worden sind, so sollte man dennoch alles unterlassen, was dem Zweck einer Sache nicht dienlich sein kann. Sollte eine solche Entree einmal zustande kommen, so wird ihr programmatische Festlegung Sache der zutreffenden Stellen beider Länder sein.

Der Statthalter und der Bischof.

Aus Straßburg meldet man: Die amtl. Korrespondenz veröffentlicht folgendes Schreiben: „Wie wir vernehmen, hat der kaiserliche Statthalter an den Bischof von Straßburg ein Schreiben gerichtet, in dem er gegenüber dem Antwortschreiben Stellung nimmt, welches der Bischof unter dem 4. d. M. in betreff der Frage des Beitritts der elsässisch-rheinischen katholischen Volksschüler zum Deutschen Lehrverein dem Staatssekretär überbringt hat. — Form und Inhalt dieser Veröffentlichung des amtlichen Organs erregen hier großes Interesse, da nunmehr der Statthalter selbst in den Vordergrund tritt, im Widerspruch zu dem Verhalten des Staatssekretärs aber die Förderung des Themas aus der Öffentlichkeit entfernen zu wollen scheint.“

Unter der Überschrift „Unter den Äußerungen der elsässischen Bischöfe“ lassen sich die „Zeitung, N. N.“ von ihrem Straßburger Mitarbeiter schreiben:

Die staatliche Stellungnahme gegen das Eingreifen der Bischöfe in die elsässische Lehrerbewegung muß zweifellos auf die Initiative des Staatsrats Grafen Wobbel zurückgeführt werden, bei dem sich eine Umkehr in der Beurteilung der elsässischen Verhältnisse bemerkbar macht. Wenn das Schreiben an die Bischöfe auch vom Staatsrat für Jörn von Sulach allein unterzeichnet ist, so ist es doch ein Regierungsdokument des gesamten Ministeriums unter Führung des Statthalters. Wenn der Staatssekretär diesen Schritt auch vollständig billigt, so begreift man doch, daß es ihm unangenehm ist, ihn tun zu müssen. Er legt ihn in Widerspruch schon zu seinem Bruder, dem Bischof von Straßburg, vor dem Zeitungen behaupteten, daß er die staatlichen Schreiben mißbilligt hätte. Das hat nun den Bischof veranlaßt, der Presse eine Art Versicherung auszusprechen, er habe nur das Eingreifen der Bischöfe für zwecklos erachtet, da sie doch nicht den Anschlag an den Lehrverein hätten verhindern können. Für die notwendige Freiheit der Kirche liege er ebenjedenfalls unbedingte eingetreten. Der Bischof will denn auch die Initiative einer Ergebenheitsadresse des Domkapitels an den Bischof gegeben haben. Derartige Adressen sind in Hülle und Fülle von der Weltlichkeit an ihren bischöflichen Oberzweigen ergangen.

Interessant ist die Stellungnahme der Zentrumspresse, vor allem der oberelbsässischen, zu dem Staatsrat für Jörn von Sulach. Eins dieser Blätter sagt:

„Herr von Sulach, von dessen diplomatischen Fähigkeiten ja kein Mensch eine besonders hohe Anschauung hat, ist ein Staatsmann, der nur durch Schonung gehalten werden kann. Unsere Freunde haben ihn gekannt, ja, sie haben sogar außerhalb unserer Partei folgende Abschnitte aus dem von ihm unterschriebenen Schreiben verlesen. Wir glauben, daß die Verhältnisse fortzuführen.“

Man sieht: Die Akerfallen wittern Morgenluft im Deutschen Reich! Kom rüht auf! neue. Untereisen sieht sich der Kanzler des Deutschen Reiches an im Vatikan seinen Belohnung zu machen. Und wird telegraphiert:

Mailand, 11. Jan. Nach einer Information aus bestunterrichteten Kreisen ist die beim römischen Kabinettschef nachdrücklich Kontrakte des deutschen Reichsanzlers nunmehr bestimmt auf die nächsten Prioritäten festgesetzt.

Gegen die Reform der Fernspreckgebühren.

L. C. Neben vertriebenen anderen Handelskammern wendet sich auch die Handelskammer Hamburg gegen die geplante Reform der Fernspreckgebührenordnung. Sie hat den Reichstag ersucht, die geplante Abschnitzung des Kaufsprecknehmens abzulehnen und hat bei den für einen solchen Reform zustimmenden, welche der gleichzeitiger Erhöhung der Grund- und Einzelpreiskategorien und Durchführung der für den Fernverkehr in Aussicht genommenen Erleichterungen in der von der Regierungsvorlage vorgesehenen Form die Beibehaltung des Kaufsprecknehmens unter mäßiger Erhöhung der jetzt hierfür geltenden Sätze bringen würde. Angelegentlich der nahezu einmütigen Ablehnung, die der Entwurf in allen Kreisen von Handel, Industrie und Verkehr gefunden hat, bezeugt es die Handelskammer als bedauerlich, daß die Reichsregierung sich nicht zu einem Nachgeben gegenüber den Einwänden der beteiligten Kreise hat bereit finden lassen. Sondern es werden die schwerwiegenden Bedenken, die gegen die Bestimmungen der Entwurfsverordnungen erhoben sind, kaum zu übersehen, daß der Reichstag die verkehrsrechtliche Tendenz desselben beilegen und damit die Verkehrsregeln von der ungewünschten Belastung, die die beabsichtigte Neuordnung bringen müßte, bewahren wird.

Parteinachrichten.

Einen äusserst humorvollen Verlauf

nahm, wie man uns aus Stralsund schreibt, eine in Voigtshorn im Wahlkreise Stralsund-Schönau abgehaltene Versammlung des Bundes der Landwirte. Gutsherrlicher Stegmann aus Nieder-Steppan im Kreise Sagan wollte im Auftrag des Bundes über „politische Tagesfragen“ reden, er hütelte sich aber, auch nur mit einem Worte auf Tagesfragen, auf die Finanzreform und ähnliches einzugehen. Ogleich durch die Einladung und auf Anfrage aus der Versammlung ausdrücklich freie Aussprache zugesichert war, wurde den beiden folgenden Rednern, dem freisinnigen Parteisekretär Müller-Breslau und dem Chefredakteur Werth-Stralsund, trotz des förmlichen Protesses der Versammlung nur fünf Minuten Redezeit gewährt. Etwas knapp zur Überwindung einer anderthalbstündigen Rede! Die Zeit genügt aber den beiden Herren, um im Automobiltempo unter jubelnder Zustimmung der Versammelten das Sündenregister des Bundes aufzuzählen. Herr Stegmann, dem auch nun wieder unbeschränkte Redezeit gewährt wurde, wehrte sich verzeiwelt. Eine von Redakteur Werth eingebrachte Resolution weigerte sich der Versammlungsleiter zur Abstimmung zu bringen. Auf Auforderung aus der Versammlung heraus wurde die Resolution jedoch mit erdrückender Mehrheit angenommen. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Die vom Bunde der Landwirte einberufene und von Angehörigen des landwirtschaftlichen Mittelstandes stark besuchte Versammlung verzweigt mit aller Entschiedenheit die vom Bunde der Landwirte und der konfessionellen Parteien zugunsten des christlichen Grundbesitzes folgende Parteipolitik. Sie verurteilt insbesondere die durch die Vermischung der Reichstagsfraktionen entstandene Verwirrung der neuen Reichstagen, welche durch Abgeordnete (Dr. Wobbel) für kein Verbalten in den Wahlkreisen der Vertrauen aus und fordert eine durchgreifende Reform des preussischen Wahl-

rechts unter Beilegung der vom Bunde der Landwirte verleihten öffentlichen Stimmungsbildung.“

Die Herren Bündler.

L. C. Was die Herren Bündler manchmal für Zeug zusammenredet, dafür gibt es ein Drogenzeug in der Heilbronner „Wohlfahrt“ eine hübsche Blütenteile.

Reichstagsabgeordneter A. O. B., Rechtsanwalt aus Weimar, sprach im vierten württembergischen Reichstagswahlkreise: „Da sind mir die alten Raubritter schon lieber als die modernen Raubritter des Hanja-Bundes.“ (Hilflos) gehildeten Leuten ist der Zusammenhang zwischen den alten Raubrittern und dem Anturium des 20. Jahrhunderts bei der Verlesung des Herrn Wob. Roth ist neu und eigenartig! — Theodor Körner, Agitator des Bundes der Landwirte, aus Stuttgart: „Wenn die Industrie zu Grunde gehen würde, so hätte das die Landwirtschaft gar nicht zu beklagen.“ — Landtagsabgeordneter Freisler Pöglers v. Berglass-Gannfart (Konser-vativ): „Wenn ich von der „Fahnenflucht“ aus dem Bunde der Landwirte höre, dann fällt mir immer der Kriegszettel ein, der die Fahnenflucht vor dem Feinde mit dem Tode durch Erschießen bedroht. Es ist nur schade, daß wir heutzutage die Fahnenflüchtigen nimmer erschießen können.“ (Diese Rede-wendung enthält eine Reminiszenz an die letzten Zeiten des Raubrittertums, von denen ja der Wob. Roth gesprochen hatte!)

Kleine politische Nachrichten.

Verlobung des dritten Sohnes des Kaiserpaars?

Prinz Adalbert, der dritte Sohn des Kaiserpaars, ist von seinem Besuche am Hofe zu Stockholm am Sonntag in Potsdam wieder entsetzt. Wie der „Wohlf.“ aus Stockholm gemeldet wird, wird von der dortigen Presse das Zusammenreffen des Prinzen Adalbert mit der Prinzessin Viktoria Patricia von Connaught am königlichen Hofe als Zeichen einer nahe bevorstehenden Verlobung ausgelegt. Prinzessin Viktoria Patricia ist am 17. März 1888 geboren als Tochter des Herzogs von Connaught; sie ist eine Nichte des Königs Edward.

„Soheitsrecht“!

Für die Aufhebung der Besetzbarkeit des Fürstentums Thurn und Taxis wird eine Abklärung von einer halben Million Mark beantragt. Die losgalmotastische „Misch.“ behauptet, die Krone weigere sich, dem Fürstentum ein gefordertes Ehrenrecht bei Hofe einzuräumen, sonst würde überhaupt vom Fürsten von Thurn und Taxis seine Abklärung gefordert werden. Die „Neueste Nachr.“ legen: daß der Fürst von Thurn und Taxis besondere Soheitsrechte wünsche, die seit langem kein Geheimnis sind. Die Krone werde in dieser Sache jeden zulässigen Vorschlag akzeptieren, der dem Lande weitere Einnahmen ersparen könnte. Ueber das zufällige Maß der einzuräumenden Soheitsrechte ist man also nicht einig.

Uebertritte im Königreich Sachsen.

Aus den letzten erschienenen amtlichen Mitteilungen über das kirchliche Leben in Sachsen ist zu ersehen, daß im Jahre 1908 nicht weniger als 849 Katholiken zur evangelischen lutherischen Landeskirche übergetreten sind, gegen 54 Austritte aus derselben. Die evangelische Bewegung in Sachsen hält sich demnach seit 10 Jahren auf derselben Höhe. Im letzten Jahrzehnt sind weit über 10.000 lässliche Katholiken evangelisch geworden; sie wissen, warum. Die weitaus meisten Uebertritte, etwa ein Viertel von allen, kommen aus Dresden, wo die kirchliche „Sächsische Volkszeitung“ die evangelische Bewegung in dankenswerter Weise fördert, dann folgen Leipzig, Chemnitz, Zwickau, die Oberlausitz. In keiner dieser Städte ist die Uebertritte; auch im Jahre 1909 sind sie wieder stark gewesen.

Immer noch nicht?

Die Abzweigung der Medizinabteilung vom Kultusministerium und ihre Angliederung an das Ministerium des Innern ist, wie verlautet, noch nicht so weit vorbereitet, daß dem Landtag eine entsprechende Vorlage bereits in seiner diesjährigen Session vorgelegt werden könnte.

Der Friedensbund!

Auf der sächsischen Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte in Breslau verteidigte am Sonntag Herr Dr. Dörl aus Berlin den schwarz-blauen Bock als „Friedensbund der Katholiken und Protestanten, um den Juden die Solenne vom Munde wegzureißen zum Aufschwung im Kampfe beider Konfessionen.“ — Aufgehend hatte in Breslau bereits die Vorbereitungen begonnen!

Die Fleischbeschau bei Hauschlachtungen.

Pr. Durch Verfügung des Oberpräsidenten ist mit Inkrafttreten am 1. März d. J. für die Provinz Brandenburg die Schlachtvieh- und Fleischbeschau für Hauschlachtungen von Rindvieh im Alter von drei Monaten und darüber verordnet worden. Sehamenerverordnungen.

Zur Gründung einer Versicherungsgesellschaft aller Sehamener Hamburg, die der Genat einen Gelegenheitsschein eingebracht. Die Rente beträgt zwischen 300 und 600 Mark, je nach dem Beitrag; sie ist zahlbar bei Verlesung in den Ruhestand. Der Staat trägt die Verwaltungskosten und 2/3 der erforderlichen Mittel. Die Beiträge der Sehamener betragen nach dem Prämienbuchschnittsverfahren von 25 bis 75 Mark jährlich.

Zuchttiere für Kleintiere.

Mit dem aus 1111 Offizieren und Mannschaften, Marineinfanterie für Kleintiere, für die Gesundheitswache in Peking und für Tientsin, sowie Marineartillerie, bestehenden Transport, der heute am Bord des Hoppodampfers Patricia in Kiel die Heimat verläßt, geht eine größere Anzahl Zuchttiere nach dem Hauptziel, um den Viehbestand aufzubessern. Man hat vorzugsweise schlesisch-holländische und ostpreussische Zuchtwiebel erworben. Die Zuchtwiebel erstrecken sich auf Rinder, Schweine und Ziegen. Ein Deservetier begleitet den Transport, um die Zuchttiere auf der langen Fahrt zu beobachten.

Ausland.

Ein Protest der englischen Regierung.

„Clair“ meldet aus Rom: Der englische Botschafter hatte gestern Abend eine Unterredung mit Sonnino. Der Botschafter erhob im Namen seiner Regierung Einspruch gegen die Ernennung Imperials zum Botschafter in London. Imperials werde von seiner Regierung nicht als persona grata betrachtet, weil er während der Botschafterzeit in Konstantinopel mit dem deutschen Botschafter Baron von Marschall stets zusammenhing.

Die „Deutsche Gefahr“ in Brasilien.

Das Gependen der „Deutschen Gefahr“ erregt noch immer die Phantasie mancher Leute in Brasilien und erzeugt in ihrem Hirn absonderliche Blüten. In der Senatskammer der „Republik“ in Rio de Janeiro, dem Organ des brasilianischen Flottenvereins, fand sich ein Artikel, der dem Präsidenten der Republik mit eindringlichem Ersuchen folgendes zu Gemüte führt:

„Es ist dem Präsidenten der Republik bekannt, daß Deutschland ein Expeditionskorps von 165.000 Mann organisiert hat, welches bereit ist, fern vom Heimatlande zu operieren. Die Vorbereitungen sind so vollkommen, wie es der hohen militärischen Einflüsse Deutschlands entspricht. Als theoretisches Ziel hat man ein amerikanisches Land angenommen. Sollten es die Vereinigten Staaten sein? Das ist wenig wahrscheinlich. Nehmen wir also an, daß es sich um Brasilien handelt. Das ist durchaus keine absurde Annahme.“

Denten wir uns — was selbstenwegs unwahrscheinlich ist —, daß ein Konflikt mit der deutschen Bevölkerung in Rio Grande oder Santa Catharina die Veranlassung gibt, dieses Expeditionskorps in Bewegung zu setzen. Was haben wir solchen Streitkräften entgegenzusetzen? Sollten wir uns als vor, wie die Sache verlaufen würde, Konflikt in einem der genannten Staaten, gegen ein 60.000 Mann. Landung an unserer Küste. Sofortige Maßnahmen im Konkreten und planvoller Protest unserer Diplomatie. Rufloser Appell an die Vermittlung der betreffenden Mächte. Schließlich Unterwerfung der Regierung. Das Land geht die Kette.“

Ergo, es ist der Bau weiterer Dreadnoughts nötig.

Die Halbmonatschrift „Süd- und Mittel-Amerika“, der wir diese Notiz entnehmen, bemerkt dazu: Das übertrifft ja noch die Gebilde englischer Vandalen! Wenn wir davon Notiz nehmen, geschieht es nur in Hinsicht auf das nicht gleichgültige Organ, das sich weder scheute noch schämte, zur Propaganda seiner Ziele in so bedeutender Weise sowohl die Hunderttausende nährlicher brasilianischer Bürger deutscher Abstammung wie die befreundete Nation zu verdrängen.

Die Mächte und die mandchurischen Eisenbahnen.

Der der Öffentlichkeit etwas überraschend gekommene Vorschlag des nordamerikanischen Staatssekretärs A. N. O., die mandchurischen Eisenbahnen, die Rußland und Japan gehören, diesen Mächten abzutauschen, sie an China zurückzugeben und dadurch zu neutralisieren, hat amtliche Antworten noch nicht gefunden. Die japanische Presse jedoch sieht wertvolle Interessen ihres Landes bedroht und prüft sich sehr gegen den nordamerikanischen Vorschlag und seine offizielle Politik rüht. Auch die „Londoner Times“ haben bekanntlich sehr wichtige Bedenken geäußert.

Nach einem Berliner Telegramm der „Alltäglichen Zeitung“ ist anzunehmen, daß auch die deutsche Antwort auf die amerikanische Anregung wegen des Anstaus der mandchurischen Eisenbahnen zugunsten Chinas in gleichem Sinne ausfallen wird, wie die englische, die ihr größtenteils gleiches Einverständnis ausdrückt, da der amerikanische Vorschlag durchaus den Grundgedanken der offenen Tür und der Gleichberechtigung für alle entspricht, die stets die Grundlage der deutschen Politik in Ostasien gewesen sind.

Wie jetzt bekannt gegeben wird, ist das amerikanische Memorandum in Petersburg, sowie in Tokio, schon am 31. Dezember eingetroffen. Es hat durch die Kürzheit und Großzügigkeit der Idee sehr überfallen. Das Petersburger Auswärtige Amt hat alle entsprechenden Daten in Erwägung gezogen, und das Memorandum wird dieser Tage zur Begutachtung dem russischen Ministerium vorgelegt werden. Bekannte Kreise halten die Idee praktisch für fast undurchführbar.

Ein Komplott gegen König Manuel.

Die portugiesische Geheimpolizei hat ein großes, raffiniert angelegtes Komplott gegen das Leben König Manuels durch Anarchisten entdeckt. Bei den Untersuchungen und Hausdurchsuchungen wurden über 40 Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich alte Anarchisten, die seinerzeit bereits an der Verschwörung gegen das Leben des Königs Carlos teilgenommen haben. In letzter Nacht haben die Volksgewächsen auf verdächtige Individuen geschossen. Die Wachen sind verdoppelt worden. In der portugiesischen Hauptstadt herrscht große Erregung.

Kleine Tagesnachrichten.

Parteitag deutscher Arbeiter Böhmens.

Ein in Bodenbach kürzlich abgehaltener Parteitag deutscher Arbeiter Böhmens sprach sich für radikalste Durchföhrung der deutschen Ostrktionen im böhmischen Landtage zum Zwecke der Erringung der nationalen Zweiteilung Böhmens aus.

Ein Kabinett Seberow.

Die Redungen über die Spannung in der ungarischen Krise lasten wieder pestmütlich. Die meisten Blätter vertreten die Ansicht, daß die Mission Lufacs als gelöst betrachtet werden kann und daß Graf Seberow, der heute Nacht mit dem Kaiser in Audienz empfangen wird, mit der Bildung des Kabinetts beauftragt werden dürfte. Das Kabinett Seberow hätte die Aufgabe, das ungarische Abgeordnetenhaus sofort zusammen zu berufen und Neuwahlen auszuführen.

Die förmliche Auflösung des englischen Parlaments und die Ausschreibung der Neuwahlen ist gestern erfolgt. Der König unterzeichnete die Proklamtion, durch die das Parlament förmlich aufgelöst wird. Die Proklamtion wurde so-bald der Kronkanzlei übergeben, welche sofort mit der Ausgabe der Parlamentswahlbeschele begann. Ein neuer harterlicherer Zug bei dieser Ausgabe war der Gebrauch von Motorwagen, welche die Wahlbeschele den um London gelegenen Bezirken übermitteln. Auf diese Weise wurden 88 Wahlbeschele befördert, bei der wurde durch die Post verbracht. Chamberlain wird als einer der ersten, da kein Gegenstand abgeholt ist, als Vertreter des Wahlkreises Westminsterham in das neue Parlament, das am 15. Februar zusammentritt, zurückgehen.

Wahlkreis der Wapen.

Die 72 Jahre alte Wapenfrau eines Hauses im Quartier Bagnotons in Paris, Witwe Gallaud wurde gestern früh im Haus für erdolcht aufgefunden. Der un-bekannt Täter hatte es auf die geföhrte eingeworfen

Widertbeträge in Höhe von 3200 Francs abgelesen. Eine zweite Wadilat wurde an der 55jährigen Witwe Rimouille in Neuilly bei Paris verliert. Der Leinwand, der schwere Verletzungen an Stirn und Brust aufwies, wurde vor dem Wohnhause der Witwe aufgefunden. Man stellte fest, daß Frau Rimouille von zwei italienischen Frauen, die ihr geholfen waren, ermordet worden ist. Beschäftigt und Schmutz gefahren.

Gerichtsverhandlungen.

Peter Ganters „blaue Briefe“ vor dem Reichsgericht.

(Nachdr. verb.) S. & H. Weizsig, 8. Jan.
Die bekannte Affäre der „blauen Briefe“ des Verlegers Peter Ganter, der mit seinem Klammetrad im Sommer vorigen Jahres eine Zeitung ganz Deutschland in Aufrührung versetzt hatte, unterlag heute der Beurteilung durch das Reichsgericht. Die Ganters gegen das Urteil der vierten Strafkammer des Münchener Landgerichts durch ihren Rechtsbeistand, Justizrat Bernheim-Münchener, Revision eingeleitet hatte. Die blauen Briefe waren bekanntlich mit der Hand angefertigte Schreiben, die Peter Ganter an Hunderttausende von besser situierten Leuten aus allen Gesellschaftskreisen Deutschlands zur Verbrennung gebracht hatte. In dem Briefe wurde auf einen Tendenzroman „Doppelte Moral“ Bezug genommen und angedeutet, daß der Empfänger in der einen oder der anderen Weise mit einer Person des Romans als identisch identifiziert sei. Die Briefe trugen eine unleserliche Unterschrift, klappten aber trotzdem, wie in der Verhandlung festgestellt wurde, viel Angelegenheiten. Gegen Peter Ganter und seinen Mitverleger Ludwig Kurt Henning wurde die Anklage erhoben und zwar zunächst wegen Verleumdung an allen Briefempfängern durch die Fälschung, sie seien durch den Roman „Doppelte Moral“ irgendwie kompromittiert. Außerdem wurde Anklage erhoben wegen Urkundenfälschung, die in der unleserlichen Unterschrift des Briefes gefunden wurde. Schließlich hatte er sich auch noch wegen Vergehens gegen das Postgesetz zu verantworten, da er einen Teil der Briefe, die er in großen Kisten an alle größeren Postämter Deutschlands sandte, von wo aus sie an alle Adressaten an einem bestimmten Tage abgehen sollten, und zwar die nach Danzig gerichteten Briefe nur mit einer fünfjüngern Marke frankiert hatte. Der letzte Anklagepunkt lautete auf Betrug bezw. Betrugsversuch an denjenigen Personen, welche durch die blauen Briefe zum Ankauf des Romans veranlaßt werden sollten.

Das Münchener Landgericht verurteilte Ganter nach siebenjähriger Verhandlung wegen Betrugs und Urkundenfälschung, sowie wegen Vergehens gegen das Postgesetz zu einer 3 Jahre 6 Monaten und 21 1/2 Mark Geldstrafe. Die Revision des Reichsgerichts verurteilt nun allem, daß die unleserliche Unterschrift als Urkundenfälschung betrachtet werden ist. Ebenfalls ist die Momente des Betrugsvergehens nicht gegeben. Der Rechtsanwalt beantragte, die Revision zu verwerfen. Nach kurzer Beratung verurteilte der Vorsitzende, daß der Straffakt beschließen habe, die Verurteilung des Urteils zu ergreifen und daß dieses am 29. Januar gesprochen werden soll.

Die Franziskanerpatres von Panewitz als Kläger.

(Nachdr. verb.) S. & H. Weizsig, 10. Jan.
Vor der hiesigen Strafkammer findet heute die erneute Verhandlung in dem Verleumdungsprozeß der Franziskanerpatres von Panewitz gegen den verantwortlichen Redakteur der „Kattowitzer Zeitung“ Dehler statt. Die Gründung einer Niederlassung der Franziskanerpatres in Panewitz wurde zunächst vor jetzt etwa drei Jahren in einer Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses zur Sprache gebracht. Die Patres hatten eine für die Nachbildung der Grotte von Lourdes angelegt, die eine starke Anziehungskraft als Wallfahrtsort auf die polnische Bevölkerung Ober-Schlesiens, Volens und Galiziens ausübte. Dieses starke Zusammenströmen von Polen aus den Nachbarländern bezeichnete der nationalberne Abgeordnete

soß als eine Gefahr für das Deutschtum; er forderte die Regierung auf, ein maßvolles Auge auf die Niederlassung zu haben. Diesen Auslassungen trat der Bischof von Breslau entgegen. Dr. Borß hat darauf geantwortet, daß die Patres lediglich den kirchlichen Bedürfnissen der polnischen Bevölkerung dienen, für die der preussische Staat nicht ausreißend Sorge. Der Streit über die Niederlassung setzte sich auch in der Presse fort. Redakteur Dehler veröffentlichte drei Artikel in der „Kattowitzer Zeitung“, die sich mit dem von den Patres eingerichteten deutschen Gottesdienste beschäftigten. In den Artikeln wurde gesagt, daß der deutsche Gottesdienst nicht häufig genug abgehalten werde, daß er auf ungunstige Stunden gelegt sei und daß die deutsche Priester durch das Gejohle von Seiten der Polen gekränkt werde.

Durch diese Auslassungen fühlten sich die Patres beleidigt und stellten Strafantrag gegen Dehler, der aber vom Schöffengericht Kattowitz freigesprochen wurde. Auf Berufung der Patres gelangte die Sache vor der hiesigen Strafkammer erneut zur Verhandlung, die aber ebenfalls mit der Freisprechung Dehlers endete. Dehler wurde, wie schon in der schöffengerichtlichen Verhandlung der Schuß des § 193 geübt. Das Oberlandesgericht in Breslau hat nun das zweitinstanzliche Urteil aufgehoben und die Sache an die hiesige Strafkammer zurückverwiesen, so daß die Affäre also zum dritten Male die Gerichte beschäftigen muß. Wir werden über die Verhandlungen berichten.

Vom Grabe der Mutter verwiesen.

Zu einem interessanten Rechtsstreit über das Recht zum Besuche von Gräbern der nächsten Verwandten kam es zwischen einem Oberlandesgerichtsrat, A. D. auf Schloß A. und dessen Sohn. Die Mutter des Klägers liegt auf dem Schloßgrabe begraben, der umriete Teil gehört noch zum Schloß. Im Oktober 1906 verstarb der Vater infolge Streitigkeiten seinem Sohne. Jeder ferneren Zutritt zum Schloß. Da der Kläger aber trotzdem das Grab der Mutter weiter besuchte, drohte der Vater mit Waffengebrauch und Anzeige wegen Hausfriedensbruchs.

Der Kläger behauptete in der darauf erhobenen Klage, es sei stillschweigende Vereinbarung aller Beteiligten gewesen, daß jeder von ihnen jederzeit das Recht haben sollte, das Grab der Mutter zu besuchen. Das Landgericht Offenburg gestattete dem Kläger, das Grab der Mutter monatlich einmal zu besuchen. Auf die Berufung des Beklagten schätzte das Oberlandesgericht Karlsruhe das Recht des Klägers so weit ein, daß es ihm nur erlaubte, das Grab der Mutter an ihrem Geburtstage und Todestage, sowie am Osterfesttag und an Allerheiligen, und zwar in der Zeit zwischen 11 und 12 Uhr vormittags zu besuchen. Gegen das Urteil des Oberlandesgerichts hatte der Vater noch Revision beim Reichsgericht eingeleitet und die völlige Abweisung des Klägers verlangt. Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Zurückweisung der Revision. — Es würde interessant sein, die Urteilsgründe kennen zu lernen, weil die wahrscheinlich die Frage erörtern, ob überhaupt ein allgemeines Recht besteht, das Grab eines nahen Angehörigen, jedenfalls, wenn der Grund und Boden gehört, zu besuchen. Jedenfalls ist es ein merkwürdiger Prozeß, in den sich der Herr Oberlandesgerichtsrat, A. D. eingelassen hat.

Die Bluttat eines bulgarischen Weltreisenden.

sh. Die Erinnerung an die Bluttat des Weltreisenden Mirschewski-Kretsch in Bulgarien, der vor zwei Jahren seine Geliebte zu ermorden versuchte und den Pfälzmeister Johann Spiger, der ihn bei der Tat übertraf, einfach niederschloß, ist durch eine Verhandlung vor dem Appellationsgerichtshof in Sofia wieder aufgefrischt worden. Mirschewski hatte ein Verhältnis mit einer Französin M. Imer, die er aber lösen wollte, da er das Mädchen überdrüssig geworden war. Er lud sie eines Nachts auf eine Wiese, warf sie zu Boden und verachtete sie zu ermorden. Der Pfälzmeister Johann Spiger, der zufällig vorbeikam, rief den Bulgaren von seinem Spier zurück, erhielt von diesem aber einen Schuß durch die Lunge, der ihn sofort tötete. Der Angeklagte ergriß die Flucht, wurde aber in Bulgarien verhaftet und vor die dortigen Gerichte gestellt. Das Schwurgericht in Sofia verurteilte ihn zu 6 Jahren schweren Ketters und zur Zahlung einer Entschädigung von 10 000 Francs an die Witwe des erschossenen Spiger.

Gegen dieses Urteil hatte Mirschewski Berufung eingelegt, die vor dem Appellationsgerichtshof zur Verhandlung kam. Die Witwe Spiger war als Nebenklägerin zugelassen und durch einen Rechtsanwalt in München sowie durch den Reichsbevollmächtigten der deutschen Gesandtschaft in Sofia Dr. Gelber vertreten. Unter den wiederernannten Zeugen befand sich auch die ehemalige Geliebte des Verurteilten, Franziska Imer, die trotz allem in ihren Aussagen den Angeklagten schonte und ihn sogar zu entlasten versuchte. Der Gerichtshof erkannte gegen Mirschewski wieder auf 6 Jahre schweren Ketters. Die Entschädigungssumme für die Witwe Spiger wurde auf 7000 Francs herabgesetzt. Da Mirschewski vollständig mittellos ist und kaum Aussicht hat, jemals wieder zu Gelde zu kommen, dürfte die Frau Spiger wohl kaum in den Besitz der ihr zugewiesenen Summe gelangen. Da sich die Frau in sehr bedrückten Verhältnissen befindet, wird in den Münchener Blättern zu ihren Gunsten die öffentliche Milderkeit angeregt.

Kann man einen Nachtwächter in seiner Ruhe hören?

(Nachdr. verb.) S. & H. Weizsig, 7. Jan. 1910.
Die wichtige Frage, ob man einen Nachtwächter ungestraft in seiner Ruhe hören darf, hat das Schöffengericht in Falkenburg i. B. beschäftigt. Auf der Anklagebank saß ein Arbeiter, der in einer schönen Frühlingssnacht ein gefühloles Liebeslied auf der Straße gesungen hat. Er wurde aber in seinem flüchtigen Empfinden bald arg geföhrt. Der Hüter der Nacht tauchte

pflüchtlich auf und verbot ihm das „Grähen“. Da der Mann aber trotzdem weiter sang, erhielt er ein Strafmandat über 3 Mark wegen nächtlicher Aufheißung. Damit beruhigte sich aber der Sänger nicht. Er beantragte gerichtliche Aufhebung, das Schöffengericht bestätigte aber den Strafbefehl.

Auf einen anderen Standpunkt stellte sich aber die Strafkammer in Starzard. Sie sprach den Angeklagten frei mit der jalonischen Begründung, daß der Nachtwächter nicht in seiner Ruhe gestört werden könne. Daß aber andere Personen den Gesang als Aufheißung empfunden hätten, sei nicht erwiesen.

Lufftschiffahrt.

Tausend Meter über der Erde im Aeroplan.

Der bekannte Aviatiker Latham hat seinen am 1. Dezember vorigen Jahres auf dem Lagerfelde von Chalons angefertigten Höhenrekord von etwa 500 Metern jetzt um das Doppelte hinausgehoben. Wieder diesen neuen Erfolg des erfolgreichen Fliegers wird gemeldet:

Paris, 7. Jan. Einen neuen Flughöhenrekord hat heute Hubert Latham auf dem Lagerfelde von Chalons geschaffen. Bei herrlichem Wetter erob sich der famose Aviatiker um 2 Uhr 25 Minuten in die Luft und flog, indem er die Richtung nach Chalons nahm, allmählich bis auf 600 Meter an. In sehr regelmäßigen, prächtigem Fluge beschrieb der Aviatiker nun eine weite Achterfigur und erob sich bis zu tausend Metern Höhe. Einem Gletscher, der seine Route verließ, folgten der Eindecker dann nach Mourmelon, dessen während einiger Minuten über dieser Dristheit und Höhe, langsam zur Erde herabschwebte, wieder nach dem Herkommen von Bouy zurück. Um 2 Uhr 5 Minuten landete der Flieger unter den Claxons der Zuschauer vor seinem Schuppen. Der herrliche Flug hatte 40 Minuten gedauert. Das Aerometer, das Latham mit sich führte registrierte 1050—1100 Meter Höhe. Der Rekord dürfte, obwohl er auch von Offizieren kontrolliert wurde, kaum anerkannt werden, da kein Kommissar des Aeroklubs dem Fliegeer bewohnte.

Paris, 11. Jan. Der französische Aeroklub wählte gestern unter Vorhild des Brünen Bonaparte sein neues Heim ein. Vertreten waren hierbei die bedeutendsten Aeroklub, u. a. Deutschland durch Major v. Tschudi. Es wurde beschlossen, eine Flugwoche vom 10. bis 16. Mai in Berlin abzuhalten und dafür Preise in Höhe von 200 000 Francs auszugeben.

Meteorologische Station.

	10. Januar 9 Uhr abends	11. Januar 7 Uhr morgens
Barometer Mittelmeter	760,2	768,1
Thermometer Celsius	7,9	6,6
Rel. Feuchtigkeit	88%	80%
Wind	SWB	SB

Maximum der Temperatur am 10. Jan. 9,9° C.
Minimum in der Nacht vom 10. Jan. zum 11. Jan. 6,4° C.
Niederschläge am 11. Jan. 7 Uhr morgens: 0,4 mm.

Wetter-Aussichten.

- 12. Januar: Milde, bewölkt, vielfach feucht.
- 13. Januar: Nebel, wolke, tags milder Nachtfrost.
- 14. Januar: Regen, bewölkt, feucht-tau.
- 15. Januar: Wenig verändert, nahe Null, feucht-tau.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Kronprinzlichen, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Erich Volkow; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Anzeigenteil: Friedrich Endraut; Druck u. Verlag von Otto Hendel, Gänzlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —

Ein lustiges Leben sehen die Berge

wenn die Hänge unter Schnee vergraben liegen, Nadeln, St. — Einzelhaft und Raucher — es ist eine Ruh. Aus daß die Hälfte aller Sportbegeisterten die Luft mit einem Karabü beziehen muß. Sie können sich aber helfen, wenn sie sich daran gewöhnen, immer eine Hansische Sommer Mineral-Wasser im Munde zu haben. Das schließt die empfindlichen Schleimhäute gegen Infektionen, die Bakterien sind überdies annehmlich, sie wirken erfrischend und verfrachten Sportmann kann ohne sie gar nicht sein. Soberer taucht man in allen empfindlichsten Geschäften für 88 Pf. die Schachtel.

Grosser Inventur-Ausverkauf.

Als hervorragend vorteilhafte **Unterpreis-Angebote** empfehlen:

<p>Kostümfstoffe engl. Art, ca. 130 cm breit, extra schwer.</p> <table border="1" style="width: 100%; text-align: center;"> <tr> <td>Regulärer Wert Mtr. 3.75</td> <td>3.25</td> <td>2.25</td> </tr> <tr> <td>Meter jetzt</td> <td>2.00</td> <td>1.50</td> <td>1.00</td> </tr> </table>	Regulärer Wert Mtr. 3.75	3.25	2.25	Meter jetzt	2.00	1.50	1.00	<p>Noppenstoffe für Kleider u. Kostüme ca. 110 cm breit</p> <table border="1" style="width: 100%; text-align: center;"> <tr> <td>Regulärer Wert Mtr. 3.50</td> </tr> <tr> <td>Meter jetzt</td> <td>1.50</td> </tr> </table>	Regulärer Wert Mtr. 3.50	Meter jetzt	1.50
Regulärer Wert Mtr. 3.75	3.25	2.25									
Meter jetzt	2.00	1.50	1.00								
Regulärer Wert Mtr. 3.50											
Meter jetzt	1.50										
<p>Kostümtuche ca. 130 cm breit, in vielen Farben.</p> <table border="1" style="width: 100%; text-align: center;"> <tr> <td>Regulärer Wert Mtr. 4.75</td> <td>jetzt Mtr.</td> <td>2.75</td> </tr> </table>	Regulärer Wert Mtr. 4.75	jetzt Mtr.	2.75	<p>Blusenstoffe aparte Muster, reine Wolle.</p> <table border="1" style="width: 100%; text-align: center;"> <tr> <td>Regulärer Wert Mtr. 1.50</td> <td>jetzt Mtr.</td> <td>1.15</td> </tr> </table>	Regulärer Wert Mtr. 1.50	jetzt Mtr.	1.15				
Regulärer Wert Mtr. 4.75	jetzt Mtr.	2.75									
Regulärer Wert Mtr. 1.50	jetzt Mtr.	1.15									

Ein grosser Posten
Abschnitte für Blusen u. Kleider,
sowie **Roben knappen Masses**
— **fabelhaft billig!** —

Brummer & Benjamin,

Gr. Ulrichstrasse 222a.

